Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1924

6.12.1924 (No. 286)

Visual Library

№ 286 Samstag, den 6. Dezember 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

## * Krieg, Rentner und Wahlen

Bei einem Studium der ökonomischen Auswirkungen des Kriegs im kapitalistischen Zeitalter läßt sich die Beobachtung machen, daß zunächst und am allerhärtesten diejenigen Besitzer von Kapital getroffen werden, die als Rentner, ohne Beruf oder ohne geschäftliche Betätigung von den Zinsen ihres Kapitals leben, während diejenigen, die irgendeine Arbeit verrichteten oder als Inhaber eines Geschäfts unmittelbaren Einfluß auf ihre Kapitalwerte hatten, vergleichsweise besser über die Ungunst der Zeiten hinwegkamen. Am glücklichsten ist natürlich immer der, der sein Kapital in Sachwerten angelegt hatte, in Sachwerten, die dem allgemeinen Prozeß einer Entwertung nur in geringem Maße unterworfen sind, d. h. also vor allem die Besitzer von ländlichen Gütern, Fabrikanlagen, Häusern, Kunstgegenständen, Schmuck und Juwelen. Auch die Hausbesitzer gelangen mit der Zeit wieder in den Besitz einer Rente, während diejenigen, die im Vertrauen auf die unveränderliche Valuta unseres Geldes ihr Kapital anderweitig anlegten, dabei aber gleichzeitig auf die freie Verfügung darüber verzichteten, unter die Räder gekommen sind.

**Ein jeder Krieg muß also die Sparer und Rentner am allerschwersten treffen.** Der Weltkrieg hat bewiesen, daß diese Erkenntnis **sogar für die Siegerstaaten** — mit Ausnahme Amerikas, das ja weit vom Schuß liegt und vom Kriege unmittelbar gar nicht berührt wurde — zu gelten hat. Selbst in England war die Valuta nach Beendigung des Krieges gesunken und die Preise gestiegen. Darunter hatten nicht so sehr die Gutsbesitzer, Geschäftsinhaber, Beamten und Arbeiter zu leiden, weil sie immerhin imstande waren, ihr Einkommen der Teuerung anzupassen, sondern es waren auch dort die Rentner und Sparer, an denen sich die ökonomischen Auswirkungen des Krieges in Form einer Reduzierung der Lebenshaltung besonders bemerkbar machten. In Frankreich und Italien lagen und liegen jedoch die Dinge wesentlich schlimmer. Also selbst ein siegreicher Krieg schützt die Rentner des siegreichen Volkes nicht vor erheblicher Schädigung. Fürchterlich aber ist die ökonomische Auswirkung auf die Rentner des **besiegten** Volkes. Und **Deutschland** hat das in einer Art und Weise erfahren, die auch heute noch Schrecken und Mitleid erwecken muß.

Was ist aus alldem zu folgern? Doch wohl nur das **eine, daß alle Schichten unseres Volkes, die ein wertbeständiges Geld in der Hand behalten und nach und nach auch wieder zum Sparen übergehen möchten, nichts mehr zu fürchten haben, als einen Krieg.** Zumal einen Krieg, der, so wie die Dinge liegen, von vornherein **unsere** Niederlage in Aussicht stellt. Nun gibt es allerdings in Deutschland wohl nur eine Partei, nämlich die deutschvölkische, die ganz offen die Notwendigkeit eines Revanchekrieges predigt. Kriege entstehen aber meist nicht so, daß, wie es im Mittelalter der Brauch war, das eine Land dem anderen zurnft: „Wir sagen euch Fehde an, und von der nächsten Woche ab rücken wir ins Feld," sondern es ist die **gesamte Außenpolitik** eines Landes, die je nachdem den Keim zu einer friedlichen oder zu einer kriegerischen Saat legt. Und diese Saat **muß** natürlich einmal aufgehen.

Betrachten wir die Dinge so, dann gibt es auch neben den Deutschvölkischen noch Parteien, die, wenn sie ans Ruder kämen, unter Umständen sehr wohl eine Politik eröffnen könnten, die **Deutschland in einen neuen Krieg hineintreibt.** Schon allein eine durch Auftrumpfen und Bramarbasieren erzeugte Vergiftung der allgemeinen politischen Atmosphäre wäre geeignet, **vor allem Deutschland zu schaden;** sie würde in den beteiligten Völkern jene Stimmungen auslösen, wie sie in den Jahren vor dem Weltkriege bestanden, Stimmungen, an denen sich die Fackel des Krieges nur zu rasch entzündet.

Sowie in einem Lande eine kriegerisch gesinnte Partei zur Herrschaft gelangt, oder sowie sich in einem Lande die regierenden Gewalten in den Dienst kriegslüsterner Militärs und Interessenten stellen, dringt die Psychose auch über die Grenzen und steckt andere Länder an. Und so ruft immer ein Chauvinismus den anderen hervor. **Es war von vornherein klar, daß der französische Nationalismus Poincarés den deutschen Nationalismus stärken mußte. Umgekehrt würde aber ein Sieg des deutschen Nationalismus wieder in Frankreich Poincaré und den Seinen zum Siege verhelfen.**

Nun ist aber kaum ein anderes Land so sehr auf eine Politik des Friedens angewiesen, wie Deutschland. Und nur Toren und Verblendete können leugnen, daß doch, im ganzen gesehen, der politische Umschwung in Frankreich, der Wahlsieg der Linken, für Deutschland von segensreicher Bedeutung gewesen ist. Gefahr kann Deutschland nur drohen von der Seite nationalistischer Absichten her, mögen sich diese Absichten nun hüben oder drüben zeigen. Am Ende einer **jeder** nationalistischen Entwicklung aber steht der **Krieg,** der Krieg, der die Völker wirtschaftlich und kulturell, körperlich und seelisch zugrunde richtet.

Wirtschaftlich sind es aber, wie oben ausgeführt, die Rentner und Sparer, die am ehesten auf der Strecke bleiben. Man kann es verstehen, daß solche Rentner Parteien wählen, die ihnen wirtschaftspolitisch allerlei schöne Versprechungen für die Zukunft machen. Aber, selbst wenn sich diese Versprechungen verwirklichen ließen: würde nicht durch einen neuen Krieg oder auch nur durch die Erzeugung einer neuen kriegerischen Gesamtatmosphäre all das Errungene wieder in Frage gestellt werden? Darum grenzt es an **Selbstvernichtung,** wenn jemand eine Partei wählt, von der er ganz sicher annehmen kann, daß sie mit ihrer Politik all das, was wir bisher in mühseligem Wiederaufbau erreicht haben, in Trümmer schlagen wird.

### Die Kreditpolitik der Sparkassen

Die Ausführungen des **Reichsbankpräsidenten** in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank u. die öffentliche Stellungnahme des **Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes,** sowie der **kommunalen Spitzenverbände** zu diesen Ausführungen, soweit sie sich mit der Finanzgebarung der Kommunen und der geschäftlichen Betätigung der Sparkassen befaßten, haben den beteiligten Stellen Veranlassung zu einer **gemeinsamen Besprechung** des gesamten Fragenkomplexes gegeben.

Wie schon aus der Presseerklärung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hervorgeht, bestand von vornherein auf beiden Seiten weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich des Hauptteils der vom Reichsbankpräsidenten gemachten Ausführungen. Die gemeinsame Erörterung der sonstigen Punkte ergab, daß auch in den übrigen grundlegenden Fragen **prinzipielle Meinungsverschiedenheiten** zwischen der Reichsbank und dem Sparkassen- und Giroverband **kaum bestanden.** Dies gilt insbesondere für die Tätigkeit der Spitzenorganisationen des kommunalen Kreditwesens und der Girozentralen, die auch von der Reichsbank durchaus als nützliche und zweckmäßige Einrichtungen anerkannt werden und auf deren Geschäftsführung sich die Kritik des Reichsbankpräsidenten nicht bezogen hat. Es ist ferner keineswegs die Absicht der Reichsbank, darauf hinzuwirken, daß den Sparkassen im Wege der Gesetzgebung das **Personalkreditgeschäft** gänzlich unmöglich gemacht oder die **langfristige Anlegung von Spargeldern** in einem die Liquidität der Sparkassen gefährdenden Umfange vorgeschrieben wird. Das Zentralnoteninstitut, sowie der Sparkassen- und Giroverband, sind in gleicher Weise an einer gesunden kommunalen Finanz- und Kreditpolitik interessiert. Es wurde beschlossen, in **enger Fühlungnahme** mit der Aufsichtsbehörde und miteinander auf die **Beseitigung offenbarer Mängel in der Kreditpolitik** einzelner kommunaler und örtlicher Geldinstitute hinzuwirken und sich in gemeinsamer Arbeit um die beiderseitig befriedigende Lösung der schwebenden Fragen auf dem Gebiete der kommunalen Finanzgebarung zu bemühen.

*

Das „B. T." meldet, daß die Reichspost das Projekt der Errichtung von besond. Postsparkassen fallen gelassen hat. Die Reichspost hat dabei im wesentlichen die Gründe anerkannt, welche die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Sparkassen gegen die Errichtung eines solchen Instituts vorbrachten. Es werde aber gegenwärtig die Frage geprüft, inwieweit die Reichspost mit ihrem großen Netz von Reichspostanstalten in den Dienst der **Förderung der Spartätigkeit** geteilt werden kann, etwa in der Weise, daß die Reichspostanstalten als **Zubringer für das Netz der bestehenden kommunalen Sparkassen** fungieren.

**Die Indexziffer.** Die für den 3. Dezember **berechnete Großhandelsindexziffer** ist gegenüber dem Stande vom 26. November (129,0) um 0,4 v. H. auf 128,5 **zurückgegangen.** Für den Durchschnitt November ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer um 0,1 v. H. — Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten am 3. Dezember ist gegenüber der Vorwoche (122,2) unverändert geblieben. Im Durchschnitt des November ergibt sich gegenüber Oktober die unwesentliche Steigerung von 0,4 v. H.

**In dem oberschlesischen Insurgentenprozeß** vor dem Reichsgericht in Leipzig wurden drei Angeklagte freigesprochen, die übrigen Angeklagten wegen Beihilfe zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens verurteilt und zwar drei Angeklagte zu je 4 Monaten Festungshaft und 400 Mark Geldstrafe. Sämtliche Angeklagte wurden auf freien Fuß gesetzt.

## Zum Tode Geh. Rat Ernst Müllers

Mit Geh. Rat Ernst **Müller,** dem langjährigen Generalsekretär des Bad. Frauenvereins vom Roten Kreuz, der am Samstag, den 29. November, abends, nach einem 12 Tage vorher erlittenen Gehirnschlag friedlich entschlummerte, ist ein alter badischer Beamter von uns geschieden, der in allen Stellungen, die er im Staatsdienst bekleidete, gleichwie im Dienste des Frauenvereins dank seiner hervorragenden Gaben, seiner unermüdlichen Arbeitskraft und seiner reichen Erfahrungen Ersprießliches leistete. Geboren 1848 zu **Wenkheim** im Amt Tauberbischofsheim, wo sein Vater Pfarrer war, verlebte er seine Jugend in **Wertheim,** wohin der Vater berufen worden war. Mit diesem malerischen Städtchen am Main verbanden ihn seine schönsten Jugenderinnerungen. Er suchte es von Zeit zu Zeit immer wieder auf, namentlich in seinen Urlaubs- und Erholungstagen. Auch im letzten Sommer verbrachte er wieder einige Wochen in der Heimat und kehrte erfrischt und gestärkt nach Karlsruhe zurück.

Nach Ablegung der beiden juristischen Prüfungen 1871 bezw. 1873 wurde er 27jährig Amtmann in **Tauberbischofsheim** (1875) und kam später als solcher nach **Heidelberg.** Als Amtsvorstand war er in **Adelsheim** (1879), in **Säckingen** (1884), **Müllheim** (1888) tätig und kehrte von dort in seine Heimatgegend zurück, wo er 1891 Amtsvorstand und Kreishauptmann in **Mosbach** wurde. Hier brachte er 5 Jahre zu und erhielt 1895 den Titel Geheimer Regierungsrat. Im Jahr 1896 wurde er in gleicher Eigenschaft nach **Offenburg** versetzt. Von hier berief ihn 1899 das Vertrauen seines Landesherrn als **Verwaltungsgerichtsrat** nach **Karlsruhe,** wo er 1902 auch Mitglied des Disziplinarhofs für nichtrichterliche Beamte wurde.

Hier im Verwaltungsgerichtshof wirkte Ernst Müller zusammen mit Geh. Rat **Sachs,** dem damaligen Generalsekretär des Badischen Frauenvereins. Wohl auf dessen Anregung widmete er sich von 1900 ab ehrenamtlich den Arbeiten des **Frauenvereins,** indem er die Stelle eines Beirats an der Haushaltungsschule bezw. bei Abteilung I für Unterrichtswesen übernahm. Schon 1905 wurde Geh. Rat Müller Stellvertreter des Generalsekretärs Geh. Rat Sachs und folgte ihm dann am 1. Februar 1907, nach dessen aus Gesundheitsrücksichten nötig gewordenen Rücktritt, endgültig als **Generalsekretär,** zunächst wie jener im Nebenamt. 1908 wurde die Stelle des Generalsekretärs des Badischen Frauenvereins zu einer hauptamtlichen gemacht und Geh. Rat Müller schied infolgedessen aus dem Badischen Staatsdienst aus.

Seine langjährige Tätigkeit als Verwaltungsbeamter in allen Teilen des Landes hatte ihn mit den Bedürfnissen der Bevölkerung genau vertraut gemacht und er erschien deshalb besonders geeignet, die vielseitigen Aufgaben des Badischen Frauenvereins nicht nur zu meistern, sondern sie unter der weisen Leitung und den ständigen Anregungen der **Großherzogin Luise** vielfach zu fördern und weiter auszubilden. **Daß** ihm das, soweit die schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges und in der Nachkriegszeit **es überhaupt zuließen,** gelungen ist, lehrt die Entwicklung des Badischen Frauenvereins seit 1905, dem Jahr, in welchem dem Verstorbenen die allgemeine Stellvertretung des Generalsekretärs Geh. Rat Sachs übertragen worden war. Zu jener Zeit belief sich die Zahl der dem Hauptverein Karlsruhe angeschlossenen Zweigvereine auf 359; die der Mitglieder auf 65 763. Bei seinem Ausscheiden aus der Stellung als Generalsekretär am 1. Februar 1923 gehörten dem Frauenverein rund 440 Zweigvereine mit 85 000 Mitgliedern an. Schon diese Zahlen legen von der erfolgreichen Tätigkeit des leitenden Beamten des Hauptvereins rühmliches Zeugnis ab. Recht klar wird ihre Bedeutung aber erst, wenn man dabei in Betracht zieht, was durch diese Ausbreitung auf allen Gebieten der der Vereinstätigkeit erreicht worden ist.

Besonders eifrig gefördert wurden unter seiner Leitung die **Kochkurse** aller Art, darunter auch solche für Arbeiterfrauen und Dienstboten. Zu den staatlich anerkannten **Seminaren** trat das für **Kindergärtnerinnen** hinzu; die praktische und wissenschaftliche Ausbildung des weiblichen Geschlechts wurde durch die Einführung **sozialer Kurse** gefördert. Auch die Organisation der **Krankenpflege** hat unter Geh. Rat Müller eine weitere Ausdehnung durch die Errichtung des **Schwesternheims** in Karlsruhe, den Ausbau des **Ludwig Wilhelm-Krankenheims** und des **Wöchnerinnenheims** in Karlsruhe, sowie durch die Einführung **staatlicher Prüfungen für Krankenschwestern** erfahren. Wie sehr alle diese Maßnahmen zur Stärkung dieses wichtigen Tätigkeitsgebietes des Frauenvereins beigetragen haben, ist durch die Erfahrungen des Weltkriegs bestätigt worden. Vor allem aber bildet die Gründung der Abteilungen V.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und VI, die sich die energische **Bekämpfung der Tuberkulose- und Säuglingssterblichkeit** zur Aufgabe gestellt haben, und ihr weiterer Ausbau zu großen Landesorganisationen, die mit den Bezirks- und Kreisausschüssen überall tatkräftig zusammenarbeiten, Marksteine in der Entwicklung des Badischen Frauenvereins während der Zeit, in der Geh. Rat Müller dessen Geschäfte unter der obersten Leitung der verewigten Schirmherrin führte.

Für all sein erfolgreiches Wirken im staatlichen Dienste wie insbesondere in dem des Frauenvereins, gebührt dem Entschlafenen inniger Dank und wärmste Anerkennung, wenn auch der Ausbau auf schon vorhandenen, soliden Grundlagen geschehen konnte und treue Mitarbeiter, vornehmlich aber tausende eifriger Mitarbeiterinnen, daran mitschaffen durften. Der Erfolg wird auch dadurch nicht verkleinert, daß während der Nachkriegszeit und hauptsächlich in den Inflationsjahren einige Einrichtungen des Frauenvereins eingehen oder umgestellt werden mußten. Neben dieser umfangreichen Tätigkeit im unmittelbaren Dienst des Badischen Frauenvereins war Geh. Rat Müller als langjähriges Vorstandsmitglied und während des Krieges und der Nachkriegszeit als stellvertretender Vorsitzender des **Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz**, als Mitglied des **Hauptvorstands** vom Deutschen Roten Kreuz und des **ständigen Ausschusses der deutschen Landesfrauenvereine** vom Roten Kreuz, sowie des **Zentralausschusses vom Badischen Heimatdank** und anderer Wohlfahrtsorganisationen eifrig tätig. Noch 1922 beteiligte er sich an der Gründung der **Landesvereinigung freier Wohlfahrtsverbände** in Baden und übernahm dessen Vorsitz.

Fürwahr, ein Leben, reich gesegnet durch Mühe und Arbeit, aber auch an Erfolgen ist mit seinem Heimgang abgeschlossen worden. Sein Andenken wird ein gesegnetes sein. L.

# Politische Neuigkeiten

## Wieder eine Falschmeldung

Die „Deutsche Zeitung" und mehrere Provinzzeitungen veröffentlichten folgende Genfer Meldung: „Wie der Matin, das Journal und der Temps melden, behauptete der Kriegsminister **Nollet** am letzten Sonntag in einer Rede in Epinal, daß die Entwaffnung Deutschlands als nicht genügend erwiesen sei und daß die alliierten Regierungen eine Umgruppierung der Reichswehr und ihrer Kommandostellen von der deutschen Regierung verlangen müßten."

Die Zeitungen haben mit dieser Meldung die Richtigkeit eines zuerst von der Berliner Börsenzeitung am Sonnabend veröffentlichten **angeblichen Memorandums des französischen Ministerpräsidenten** an die alliierten Regierungen über die Reorganisation der Reichswehr zu beweisen versucht. Wie inzwischen festgestellt wurde, haben weder die von der „Deutschen Zeitung" und den anderen Blättern angeführten, noch die übrigen Pariser Zeitungen derartiges gemeldet. Nollet hat am letzten Sonntag **überhaupt nicht in Epinal**, sondern in **Belfort gesprochen** und sich dort weder mit der Entwaffnung Deutschlands, noch mit der Umgruppierung der Reichswehr beschäftigt. In Epinal hat am Sonntag der französische Ministerpräsident eine Rede gehalten; aber auch er hat die Frage der Militärkontrolle mit keinem Wort berührt. Es muß demnach angenommen werden, daß es sich bei obiger Meldung um eine **freie Erfindung** handelt.

## Die Parteizersplitterung

Die Reichsregierung warnte bereits in ihrem Wahlaufruf vom 31. Oktober vor der **Parteizersplitterung**. Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern in dem Streben zum Ganzen und zur Einheit. Gleichwohl haben auch für die Dezemberwahlen wieder viele kleine und kleinste Parteigruppen eigene Wahlvorschläge eingereicht. Um ein Mandat zu erhalten müssen auf einen Wahlvorschlag **mindestens 60 000 Stimmen** entfallen. Durch die Zusammenlegung der Reststimmen in den Wahlkreisverbänden kann ein Mandat nur zugeteilt werden, wenn **wenigstens einer der verbundenen Wahlvorschläge mindestens 70 000 Stimmen** erhalten hat. Einem Reichswahlvorschlag kann höchstens die gleiche Zahl von Mandaten zugeteilt werden, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Die Vorschriften des Reichswahlgesetzes sollen bewußt die Bildung von Zwergparteien erschweren. Bei den **letzten Wahlen** sind so **1 420 200 Stimmen**, die für Zwergparteien abgegeben worden sind, **ohne Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages geblieben.** Die Wähler haben also nichts erreicht, als daß ihre Stimmen beim Wahlergebnis völlig ausschieden.

*

**Der Zusammentritt des neuen Reichstags.** Wie die Berliner Blätter von zuständiger Seite erfahren, muß der Zusammentritt des neuen Reichstags spätestens am 6. Januar erfolgen, und da der 6. Januar ein Feiertag ist, spätestens am 5. Januar.

## Die Reichstagswahlen und das Ausland

WTB. **London**, 6. Dez. Die Blätter sehen den **deutschen Reichstagswahlen** mit großem Interesse entgegen. — Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph" erwartet die **Stärkung der Marx-Koalition**, die die Politik der Verständigung nach außen und Stabilität und Mäßigung im Innern bedeute. Die Besserung der Wirtschaftslage, die infolge der Annahme des Dawesplanes rasch fortschreite, werde wahrscheinlich eine große Rolle bei den Wahlen spielen. — In einem Leitartikel schreibt das gleiche Blatt: Der **deutsch-englische Handelsvertrag** fegt in den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern die seit dem Abschluß des Krieges bestehenden anormalen, ungesunden Verhältnisse hinweg. Die Veränderung in der Auffassung der Lage, die sich bereits in den politischen Entwickelungen widerspiegele, komme jetzt auch in der Sphäre des Handels zum Ausdruck.

In der schon erwähnten Meldung des „Daily Herald" heißt es, daß Herriot und Chamberlain auch die wahrscheinlichen Ergebnisse der **deutschen Reichstagswahlen** erörterten. Beide kamen überein, daß wenn die Wahlen für die Durchführung des **Dawesplanes** einen günstigen Reichstag hervorbringen würden, Frankreich und Großbritannien gemeinsam einen Plan für eine teilweise **Räumung des Rheinlandes** erwägen würden. Für den Fall eines dem Dawesplan feindlichen Reichstags stimmte Chamberlain im Verlaufe der Unterredung zu, daß die französische Ruhrarmee den Platz der englischen Truppen übernehme.

## Die Kölner Zone und die Entwaffnung Deutschlands

WTB. **London**, 6. Dez. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Wir erfahren von zuverlässiger Seite, daß der Tenor des **Berichts der interalliierten Militärkontrollkommission über die Entwaffnung Deutschlands** weniger günstig für Deutschland ist, als allgemein behauptet wurde, und unter diesen Umständen kann de Frage der **Räumung Kölns** am 10. Januar mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein. Ob nun Köln von den britischen Truppen am 10. Januar geräumt werde oder nicht, jedenfalls werde eine weitere und heikle Frage entstehen, wenn die Räumung stattfinden werde, nämlich die des neuen Bezirks in der zweiten und dritten Zone, nach dem die britischen Truppen gebracht werden sollen. **Koblenz** sei vorgeschlagen worden und werde hier allgemein begünstigt. Einige Deutsche schlügen jedoch die Errichtung des britischen Hauptquartiers in Trier vor. Der letzte unformelle Vorschlag, der von alliierter Seite stamme, sei Düren.

## Über die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen

teilt ein Mitglied der aus London zurückgekehrten deutschen Delegation mit: Die Handelsvertragsverhandlungen in London waren die **ersten** Verhandlungen, **die nicht auf Grund des Versailler Vertrages** geführt wurden oder unter dessen Einfluß standen. Es waren Verhandlungen zwischen Gleichgestellten, wobei lediglich die Interessen der beiden Parteien zu Wort kamen. Durch den Vertrag werden die gesamten Handels- und Verkehrsinteressen, das Betätigungs- und Niederlassungsrecht der beiderseitigen Staatsanghörigen und Gesellschaften der beiden Länder nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung geregelt, d. h. der deutsche Staatsangehörige und die Gesellschaften werden zukünftig in Großbritannien genau so behandelt, wie die Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nationen. Eine gleichzeitige Regelung unseres Verhaltens zu Indien und den Dominions und anderen Teilen des britischen Reiches war unmöglich, da England verfassungmäßig nicht das Recht hat, für die Regierung dieser Gebiete in wirtschaftlichen Dingen bindende Verpflichtungen einzugehen. Entgegen anderen Meldungen hat die britische Regierung nicht die Absicht, das Zustandekommen einer Regelung zwischen Deutschland und den genannten Gebieten zu verhindern, sondern sie wird vielmehr den Vertrag dort vorlegen und seine Annahme empfehlen. Sollte die Annahme abgelehnt werden, dann steht es Deutschland frei, mit den Dominions ohne Englands Mitwirkung und Vermittlung zu verhandeln.

## Die Personalabbauverordnung

Am 4. und 5. Dezember 1924 fanden im Reichsfinanzministerium erneut Verhandlungen statt, worin die seit längerer Zeit schwebenden Erwägungen des **Reichsfinanzministeriums** über die **Aufhebung der Abbauartikel** und der **Personalabbauverordnung** zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Nach dem Ergebnis der Besprechungen beabsichtigt die Reichsregierung, dem neuen Reichstag unverzüglich ein **Gesetz** vorzulegen, das die Anwendung der Artikel 3 und 15 der Personalabbauverordnung nur noch in solchen Verwaltungen vorsieht, die durch ein besonderes neues Gesetz zu **Abbauverwaltungen** erklärt werden. Damit wird Artikel 3 der Personalabbauverordnung, der die Grundlage für den Abbau der Beamten bildet, grundsätzlich außer Wirksamkeit gesetzt, so daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein allgemeiner Abbau von Beamten nicht mehr möglich ist. Zugunsten der Angestellten bedeutet die beabsichtigte Regelung den Wegfall der allgemeinen gesetzlichen Entlassungsverpflichtung und somit die Wiedereinführung der durch das Betriebsrätegesetz gewährten Schutzbestimmungen

# Kurze Nachrichten

**Der „Hammer" verurteilt.** Vor dem Hamburger **Landgericht** hatte sich der Herausgeber des in Leipzig erscheinenden „Hammer", Theodor **Fritsch**, wegen Beleidigung der Hamburger Bankiers Max **Warburg** und Dr. Karl **Melchior** zu verantworten. Der Klage liegt ein Artikel in dem genannten antisemitischen Blatt zugrunde, der die Überschrift: „Der heimliche Kaiser" trug. Fritsch warf Warburg und Dr. Melchior vor, den Interessen der jüdischen Hochfinanz vaterländische Interessen geopfert zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu **3 Monaten Gefängnis.**

**In der sogenannten Frontbannangelegenheit** hielt sich, wie aus **München** gemeldet wird, der Untersuchungsrichter am 1. und 2. Dezember in der Festungsanstalt Landsberg auf, um Hitler, Kriebel und Dr. Weber zu vernehmen.

**Der Streik in der elsässischen Kaliindustrie.** Aus **Mülhausen** wird berichtet, daß etwa 60 Prozent der Arbeiter der Kaligruben in den Ausstand getreten sind. Der „Temps" meldet, daß sich etwa 2000 Arbeiter im Streik befinden. Die Streikenden seien durch die Straßen der Stadt gezogen und hätten eine Versammlung abgehalten, an deren Schluß eine Resolution angenommen wurde, der zufolge die Streikenden sich bereit erklären, den Konflikt einem Schiedsgericht zu unterbreiten, unter der Bedingung, daß der Lohn erhöht wird, und daß wegen der Beteiligung am Streike keine Entlassungen erfolgen.

**Die Streiks in der Lodzer Industrie** sollen durch einen Spruch eines gemischten Schiedsgerichts entschieden werden und die Vertreter der Lodzer Arbeiterschaft haben den Beschluß gefaßt, den angesetzten Generalstreik zu widerrufen. Trotzdem ist dieser ausgebrochen. Auch das **Elektrizitätswerk**, die Gasanstalt und die Telephongentrale stellten ihren Betrieb ein.

**Das Wrangelgeschwader.** Dem Pariser „Journal" wird aus **Biserta** berichtet, das das konterrevolutionäre russische Wrangel-Geschwader, das sich auf der Reede von Biserta seit 18. Dezember 1920 aufhielt und aus zwei Panzerkreuzern, zwei Kreuzern, einem Schulschiff, neun Torpedobooten und vier Unterseebooten zusammengesetzt ist, **entwaffnet** worden ist.

# Karlsruher Konzerte

Das Wichtigste: Der Erfolg war ungewöhnlich stark. Man sieht daraus, daß **Arnold Schönbergs** Name, zur Nachfeier von dessen 50. Geburtstag das d-moll Streichquartett op. 7 hier erstmals aufgeführt wurde, doch nicht gar so schlimm ist. Allerdings ist dieses Frühwerk noch nicht so ausgesprochen Symbol einer neuen Kunst, wie die späteren Schöpfungen, aber es bedeutet doch schon einen gewaltigen Wendepunkt in der Musik und hat seine so eigenen zwingenden Gesetze, daß sich diese wohl niemehr mit Weihwasser bannen und aus der Welt schaffen lassen. Man braucht dabei nicht einmal unbedingt alles anerkennen, was zwischen dem ersten Ertönen des Hauptthemas in Moll und seinen Ausklang in D-dur kunstvoll geschichtet ist, und dennoch weist das Werk dem, der mit geschultem Ohr und kundigem Blick die Entwicklung des musikalischen Denkens im letzten Vierteljahrhundert verfolgt, klar das eigentliche Ziel: Der gesamte Apparat des musikalischen Expressivo-Stiles erfährt eine Umstellung und wird aus der Wirkungssphäre des naturalistischen Affekts in eine transzendente Vorstellungsregion übertragen. Wir hören diese Zweckbestimmung heute vielfach deutlicher heraus, als es Schönberg bei der Niederschrift selbst hat ahnen können. Wir kennen ja auch den folgerichtigen, schöpferisch methodischen Aus- und Weiterbau, der daraufhin überall bei den Jüngsten eingesetzt hat. Aber gerade deshalb ist es unnütz, sich länger durch Bitterkeit der Einsicht dieser vernünftigen Notwendigkeit zu verschließen; der Stein ist eben durch Schönberg ins Rollen gekommen u. weil ein Schönberg auch heute noch die Führerschaft in der ganzen Bewegung hat, kann man auch mit einem Gefühl des Vertrauens an die künftige Entwicklung denken. Denn, um es einmal faßlich zu sagen: Das angeblich Revolutionäre dieser Neulinge basiert auf der ebenso ernsten wie wahren Erkenntnis, daß man die durch Kultur verbildeten Mittel, sobald sie zur lebendigen Erneuerung nicht mehr taugen, besser ganz beseitigt und daß man verrostetes Material einschmelzen muß, um wertvoll Neues daraus gießen zu können.

Schönbergs Werk fand also starken Beifall. Dieses erfreuliche Resultat war aber auch in erster Linie dem **Klingler-Quartett** zu danken, welches im IV. **Kammermusikabend der Konzertdirektion Neufeldt** mit wirklich nachschöpferischer Energie den schwierigen Stoff wundervoll meisterte; durch schmiegsame Weichheit wurden dabei die schroffsten Widersprüche ausgeglichen und verletzende Härten gemildert. Daß die klanglich heute wohl unerreichbare Gemeinschaft dieser vier Instrumentalisten gerade die Stellen, die dem Hörer sonst Angst und Schrecken einzuflößen pflegen, so abgeklärt und selbstverständlich interpretierten, muß man besonders anerkennen. Ihr hochkultiviertes Beethovenspiel bezeugten sie danach aufs Beste in dem cis-**moll-Quartett** op. 131, wodurch der in jeder Beziehung fruchtbare Abend in einem zweiten Höhepunkt nachschaffender Kunst gipfelte.

Zwei Liederabende vervollständigten die Konzertwoche. Zum ersten Male bestritt **Liesl Schelhaas**, von der man schon bei einem Konzert der Gesangsschule M. v. Ernst's einen hoffnungsvollen Eindruck erhalten hatte, allein eine umfangreiche Vortragsfolge von Arien und Lieder. Viel Freude machte es, ihr bei den Arien von Gluck und Händel zuzuhören. Hier zeigte ihr hoher, ausgezeichnet geschulter Sopran fast in allen Registern gleiche Güte und Wohlklang. Weniger gefielen die verschiedenen Liedergruppen. Immerhin verhalf sie noch einigen Kompositionen von **Heinrich Cassimir**, der selbst am Flügel mit feiner Anpassung an die Stimmkraft der jungen Sängerin die Richtung wies, zu dankbarem Erfolg. Aber für Brahms schienen Stimmklang und zartes Volumen doch noch unzureichend. Warum wurde gerade dieser Meister gewählt, der viel eher für einen Mezzosopran mit Altfärbung seine Lieder geschrieben hat und zierlich-duftige Pinselstriche nur in den seltensten Fällen verträgt? Das Debut wurde mit herzlichem Beifall und den üblichen Blumenspenden gefeiert. — Die Sopranistin **Martha Idler** beginnt sich als Konzertsängerin einen Namen zu machen. Sie hatte, wie mein Vertreter berichtet, bei ihrem letzten Liederabend ein volles Haus. Viele waren allerdings wohl auch gekommen, um **Friedrich Wührer** zu ehren, der als Begleiter im Konzert seine Schülerin sozusagen offiziell sich vom Bad. Konservatorium verabschiedete, an dem er lange Jahre gewirkt hatte. Einige mag außerdem die Vortragsfolge zum Besuch veranlaßt haben; denn die größere Hälfte des Programms füllten die Namen ortsansässiger älterer und jüngerer Komponisten wie L. Keller, H. Vogel, Hch. Cassimir, Max Thiede, Herm. Knierer, Franz Philipp und A. Kusterer. Von Karlsruher Komponistinnen waren Clara Faißt und Marg. Schweikert vertreten. Man sagt mir, daß die Sängerin durch sorgsam gefeilte Ausarbeitung dem Gesanglichen und Musikalischen dieser verschiedensten Aufgaben überzeugend gerecht wurde. Sehr viel Anklang fanden weiterhin die Arien der Rezia aus „Oberon" und die zugegebenen Hallenarien aus „Tannhäuser", in denen die vielseitige Künstlerin auch dramatisches Temperament zeigen konnte. In dem stark akzentuierten äußeren Erfolg klang herzliche innere Freude über das harmonische Zusammenwirken von Lehrer und Schülerin mit, das so schöne und künstlerisch bedeutsame Früchte gezeitigt hat. H. Sch.

**Weibliche Ehrendoktor.** Die Schriftstellerin und Vermittlerin nordischer Literatur Frau **Mathilde Mann** wurde von der Universität **Rostock**, wo sie als Lektorin wirkt, durch die Verleihung des Doktortitels ehrenhalber ausgezeichnet. Sie ist erste Frau, der eine Ehrung dieser Art zuteil geworden ist.

# Der Verein bildender Künstler Karlsruhe

feierte dieser Tage sein **fünfzigjähriges Jubiläum**, und zwar in Form eines Festessens, zu dem auch einige Gäste geladen waren. Der Besuch des Abends war so stark, daß die zur Verfügung stehenden Räume kaum ausreichten. Wohl der beste Beweis für die Beliebtheit, deren der Verein sich bei seinen Mitgliedern erfreut. Der Verein pflegte in früheren Jahren mehr eine intime, vor allem von den Künstlern selbst bestimmte Geselligkeit, seit einigen Jahren ist es das gesellschaftliche Moment im umfassenden Sinne dieses Wortes, das ihm seinen Stempel aufdrückt. Seine Veranstaltungen gehören zu den bestarrangierten unserer Stadt. Und er gilt mit Recht als der gesellschaftlich tonangebende Verein schlechthin. Um das aus ihm zu machen, hat es sehr zielbewußter Arbeit bedurft. Und es ist begreiflich, daß man in den Kreisen der Mitglieder allen denen Männern, die sich hier besondere Verdienste erworben haben, mit Dank begegnet.

Selbstverständlich hat diese Entwicklung des Vereins auch eine Gefahr mit sich gebracht, nämlich die Gefahr einer Überwucherung durch Elemente, die innerlich und äußerlich gar nichts mit der Kunst zu tun haben und lediglich aus gesellschaftlichem Ehrgeiz den Pforten des Vereins zustreben. Alle **wahren** Freunden des Vereins wünschen natürlich, daß sein Charakter als **Künstler**-Verein erhalten bleibe. Die Leute mit ausschließlich gesellschaftlichen Ambitionen können sich in Karlsruhe auch anderswo amüsieren. Wie wir hören, hat der Vorstand ganz bestimmte Vorkehrungen getroffen, die bei zweckentsprechender Anwendung geeignet sein könnten, jene Gefahr noch rechtzeitig zu bannen.

Die Jubiläumsfeier am letzten Mittwoch verlief in überaus **harmonischer** und **wohlgelungener Weise**. Die Reden waren bedeutungsvoll, aber von erfreulicher Kürze. Die meist ganz aufs Humoristische gestimmten Darbietungen auf der Bühne — Darbietungen, an denen sich ausnahmslos Mitglieder des Vereins beteiligten — konnten auch einer strengen Kritik standhalten, und die gleichfalls von Vereinsmitgliedern gebildete Kapelle leistete, namentlich im Spiel von Militärmärschen, die anscheinend besonders gern gehört werden, ganz Vorzügliches.

Den **guten Wünschen**, die auch an dem Abend selbst für den Verein und sein weiteres Bestehen ausgesprochen wurden, können wir uns nur aufs Herzlichste **anschließen**. Für den Ruf Karlsruhes als einer Stadt der Künstler ist es gewiß nicht gleichgültig, ob sie einen derartigen Verein in ihren Mauern beherbergt. Und so war denn auch als Vertreter der Stadt Oberbürgermeister **Finter** zu dem Abend erschienen. Die Minister, die Mitglieder des Vereins sind, waren begreiflicherweise durch die Wahlkampagne am Kommen verhindert.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Aus der Wahlbewegung

## Reichskanzler Marx in Karlsruhe

In der städtischen Festhalle sprach Freitag abend in einer von mehr als 3000 Personen besuchten Zentrumsversammlung Reichskanzler Dr. **Marx**, der bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt wurde. — Einleitend wies Landtagspräsident Dr. **Baumgartner** auf die leidige Parteizersplitterung hin, und betonte weiter, daß es für uns nur eine Politik geben könne: Die Weiterverfolgung des Kurses Marx. Er begrüßte unter dem lebhaften Beifall der Versammlung den Reichskanzler, dem er herzlich für sein Erscheinen dankte.

Darauf ergriff **Reichskanzler Dr. Marx** das Wort: Er betonte zunächst, daß das Wahlrecht für jeden Mann und jede Frau auch eine Wahlpflicht bedeute. Wer am 7. Dezember auf die Ausübung seines Wahlrechts verzichte, bekunde damit eine unverantwortliche Gleichgültigkeit an den Geschicken seines Volkes und Vaterlandes, die er in entscheidender Stunde im Stich lasse. Der Reichskanzler warnte eindringlich vor einer Zersplitterung der Stimmen. Bei den Maiwahlen sind rund 1 Million Stimmen für kleine neue Parteien abgegeben worden, die trotz des Verhältniswahlsystems ohne jede Vertretung im Reichstag bleiben. Wer das **Wahlrecht** hat, hat auch die **Pflicht**, vernünftig von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Unvernünftig ist es aber, seine Stimme irgend einer kleinen neuen Partei zu geben, die in dem neuen Reichstag gar nicht zur Geltung kommen kann, die vielleicht nicht einmal einen einzigen Vertreter durchbringt. Nur dann kann ein arbeitsfähiger Reichstag zustandekommen, wenn jeder Wahlberechtigte sich der hohen Verantwortung bewußt ist, die bei der Stimmabgabe auf ihm ruht.

Das deutsche Volk braucht einen Reichstag, der die Regierung in der konsequenten **Fortführung der bisherigen Außenpolitik** unterstützt, die eine Politik der **friedlichen Verständigung** war und bleiben muß, einen Reichstag, der nicht zu außenpolitischen Experimenten drängt, die uns von neuem um das Vertrauen des Auslandes bringen; einen Reichstag, der die Interessen des unlöslicher **Schicksalsgemeinschaft** mit dem ganzen deutschen Reiche verbundenen **besetzten Gebietes** zielbewußt vertritt, das nie wieder zu einer Reparationsprovinz werden darf; der die **steuerlichen Lasten** gerecht verteilt, durch Schonung der Schwachen und Heranziehung der Starken im Rahmen des Erträglichen; der unsere **Sozialpolitik** fortführt und, soweit es in seinen Kräften steht, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Ausgleich zwischen den scheinbar widerstreitenden Interessen von Stadt und Land erstrebt; der durch eine **Handelsvertragspolitik** auch den Wirtschaftsfrieden zwischen den Nationen fördert und dadurch zugleich der nationalen Wirtschaft zu neuer Blüte verhilft. Das deutsche Volk braucht aber auch einen Reichstag, der die Regierung im entschiedenen Kampf gegen alle **verfassungsfeindlichen Bestrebungen** und in der strikten Wahrung der **staatlichen Autorität** unterstützt, der, unbeschadet politischer Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Parteien, die Ehre und die Würde des neuen Deutschland hochhält.

Im weiteren Verlauf seiner Rede führte der Reichskanzler u. a. aus, er verstehe nicht, wie man es ihm als dem in erster Linie verantwortlichen Minister des Reiches verübeln könne, wenn er für **die Farben des neuen Deutschland** eintrete. Er habe, wie jeder andere Beamte, den Eid auf die Verfassung geleistet, und schwarz-rot-gold seien die in der Verfassung festgesetzten Farben.

Der Kanzler wies sodann einige der Reichsregierung wegen ihrer Politik gemachten Vorwürfe zurück und betonte, daß die von der Regierung verfolgte Politik dem deutschen Volke wieder **Achtung im Auslande** und auch **Erfolge** eingetragen habe, was nicht der Fall gewesen sein würde, wenn die von der äußersten Rechten verlangte Politik geführt worden wäre. Unsere **innere Politik** können wir nur zu einem guten Ende führen, wen wir an der bisherigen Politik der Mitte festhalten. Die **Mittelparteien** müssen die Grundlage für diese Regierung bilden, und ohne eine Politik der Mitte können wir nicht vorankommen. Unsere Aufgabe im Innern bestand darin, die **Währung zu halten** und den **Etat zu balanzieren.** Um dies zu erzielen, waren scharfe und einschneidende Maßnahmen notwendig, ohne dies wäre das Ziel nicht erreicht worden. Wir sind gerne bereit, alles daran zu setzen, was in unseren Kräften steht, um Milderungen herbeizuführen; aber es gibt für uns eine Grenze, über die nicht hinauszugehen wir ernstlich entschlossen sind, denn sonst wäre die Gefahr der Inflation wieder da.

Die Regierung ist fest entschlossen, was die **Beamtengehälter**, die **Löhne der Arbeiter** und die **Aufwertungsfrage** betrifft, alles zu tun, was nur irgend geschehen kann, aber vorbehaltlich der Grenzen, die die Währungsaufrechterhaltung und die Balanzierung des Etats vorschreiben. Wenn der Reichstag sich in einer solchen Weise zusammensetzen wird, daß sich dort eine Mehrheit findet, die Beschlüsse faßt, die nach der gewissenhaften Überzeugung der Reichsregierung nicht erfüllt werden können, ohne unseren Etat und unsere Währung zu gefährden, dann wird die Reichsregierung auf diese Wünsche nicht eingehen, und dann wird mein Kabinett eher zurücktreten, als daß es zuläßt, daß diese Forderungen erfüllt werden. Ein Kanzler des deutschen Reiches in einer so schweren Zeit wie der jetzigen, müsse auf Volkstümlichkeit verzichten; er habe **nur seine Pflicht zu erfüllen** und weiter nichts, und ich kann **meinem Kabinett und mir** das Zeugnis ausstellen, daß wir nach unserem besten Wissen und Gewissen unsere Pflicht erfüllt haben. Gegen unser Gewissen und unsere Pflicht zu handeln, darf der Reichstag und das deutsche Volk nicht verlangen. Wenn dann eine neue Regierung die Wünsche befriedigt, dann kommt wieder die Inflation, und ein **zweites Mal wiederholt sich ein solches Wunder nicht, wie es die Stabilisierung der deutschen Währung** gewesen ist. Wir wollen uns die Hände reichen zu gegenseitiger verständiger Führung unserer Politik.

Der Kanzler schloß: Sorgen Sie dafür, daß am 7. Dezember ein Reichstag zustandekommt, der **fähig und gewillt** ist, die Aufgabe zu erfüllen, **Deutschland wieder zu wirtschaftlicher Blüte und Leistungsfähigkeit zu führen.** Dann bin ich bereit, die **Politik der Mitte, der ausgleichenden Gerechtigkeit** weiter zu führen zum Besten unseres gesamten Vaterlandes.

Die Rede, die an zahlreichen Stellen durch Beifallskundgebungen unterbrochen wurde, fand am Schlusse stürmischen langanhaltenden Beifall.

Landtagspräsident Dr. **Baumgartner** dankte dem Kanzler für seine Ausführungen und bat ihn im Namen der Südwestecke des Vaterlandes, die bisherige Politik weiter zu führen. Der Reichskanzler habe betont, daß er kein Diplomat der alten Schule sei. Das sei dankbar zu begrüßen, zumal wir den Diplomaten der alten Schule so viel Elend zu verdanken hätten. Das ganze deutsche Volk schulde dem Kanzler Dank für seine Politik der Wahrheit, der Klarheit u. Ehrlichkeit, der Versöhnung und Verständigung der Völker untereinander und der Stände und Berufe im eigenen Vaterlande.

Landtagspräsident Dr. **Baumgartner** brachte schließlich ein Hoch auf die derzeitige Regierung und Dr. Marx an ihrer Spitze aus, das von der Versammlung stürmisch aufgenommen wurde.

Die Versammlung stimmte hierauf das Deutschlandlied an.

# Badischer Teil

## Kommunistische Wahlfälschungs-Versuche

Die „Arbeiterzeitung" in Mannheim veröffentlicht in ihrer Freitagsnummer eine Mitteilung des **Badischen Landespolizeiamtes** an die Außenstelle des Landespolizeiamtes in **Rastatt**, in welchem auf die Versuche aufmerksam gemacht wird, durch Fälschungen zu erreichen, daß **Kommunisten mehreremale zur Wahlurne gehen können.**

Eine derartige Mitteilung hat tatsächlich hinausgegangen und zwar des Inhalts, daß die kommun. Partei einen Wahlausschuß zu dem Zwecke eingesetzt habe, alle Kommunisten zur Wahlurne zu bringen. Diesem Ausschuß soll eine Abteilung angegliedert sein, welche die schriftlichen Vorbedingungen für die mehrmalige Ausübung des Wahlrechts durch Kommunisten zu liefern habe. Man darf ja nur an die im Reichstag besprochene Tätigkeit der bekannten kommunistischen **Paßfälscher-Zentrale** bei Berlin erinnern.

Es sind aber auch in **Baden** Anzeichen dafür vorhanden, daß man nach der allgemeinen Weisung der kommunistischen Zentrale vorzugehen beabsichtige. Dafür nur zwei Beispiele. Die Ehefrau des Kommunisten **Heymann** aus Mannheim, der zurzeit eine längere Gefängnisstrafe im Landesgefängnis in Freiburg verbüßt, hat sich einen **Stimmschein** für ihren Ehemann ausstellen lassen. Frau Erika Heymann ist in der Redaktion der Arbeiterzeitung beschäftigt und dürfte jedenfalls genau wissen, daß **Straf- und Untersuchungsgefangene das Wahlrecht nicht ausüben dürfen.** Als sie die Ausstellung des Stimmscheins beantragte, gab sie lediglich an, ihr Ehemann sei auswärts, sie verschwieg, daß er sich im Gefängnis befindet. Als Frau Heymann am 25. November von einem Vertreter der Polizeibehörde darum ersucht wurde, den Stimmschein wieder herauszugeben, erklärte sie, sie habe ihn **vernichtet.** Ihr Mann, den sie einige Tage vorher in Freiburg besucht habe und welchem sie den Stimmzettel aushändigen wollte, habe ihr erklärt, er dürfe ja doch nicht wählen. — Ob Frau Heymann den Stimmschein wirklich vernichtet hat, ist natürlich nicht nachzuprüfen.

In einem anderen Falle wurde ein gewisser August **Benner** auf seine Persönlichkeit hin kontrolliert. Er gab dem ihn kontrollierenden Beamten zunächst den Namen Herbert **Berisch**, geboren 27. Januar 1885 in Straßburg an; entsprechende Papiere habe er bei sich. Als er später, nachdem er wiederholt bei der **Bezirksleitung der kommunistischen Partei in Mannheim** S 3, 10 ein- und ausgegangen war, auf das Büro der Außenstelle des Landespolizeiamts gebracht wurde, gab er auf energischen Vorhalt zu, daß er nicht **Berisch**, sondern Benner heiße und die von ihm mitgeführten Ausweispapiere, wie Personalausweis, Geburtsurkunde, Steuerbuch, Abgangsbescheinigung usw. sämtlich gefälscht seien. Er habe diese Papiere in **Berlin** von einem „Unbekannten" am Schlesischen Bahnhof erhalten. Unter dem falschen Namen Herbert Berisch habe er sich auch in Mannheim angemeldet. Man nimmt an, daß er sich bei Benner um einen flüchtigen Kommunistenführer handelt, und ferner um Versuche, mit solchen gefälschten Papieren, wie sie Benner bei sich trug, das Wahlrecht an mehreren Orten ausüben zu können.

Wenn nicht mehrere ähnliche Fälle bekannt sind, so doch nur deshalb, weil die Kommunisten wahrscheinlich in aller Heimlichkeit vorgehen und jedenfalls auch mit den „Vorbereitungen" für den 7. Dezember, daß einzelne ihrer Anhänger das Wahlrecht mehrfach ausüben können, noch nicht fertig sind.

Das Warnungsschreiben des Badischen Landespolizeiamtes in Karlsruhe an die Außenstelle Rastatt war also durchaus am Platze. Alle Ausreden der „Arbeiterzeitung", daß es sich um Spitzelarbeit handle, vermögen nicht über die Einsetzung eines besonderen Wahlausschusses, der alle Kommunisten zur Wahlurne bringen soll, und über die angegebenen Vorkommnisse in Baden hinwegzutäuschen

## Tagungen

Die **Gastwirtsvereinen** von Baden-Baden, Rastatt, Gernsbach und anderen mittelbadischen Städten, hatten gegen 50 Delegierte zu einer Kreisversammlung nach **Rastatt** entsandt. Der Vorsitzende **Bockelmann** hieß die Erschienenen herzlich willkommen und teilte dann Herrn Verbandssyndikus Dr. **Kohle** das Wort zu seinem Referat über Tagesfragen. Vor allen Dingen beschäftigt er sich mit der Besteuerung des Gastwirtsgewerbes. Seine weiteren Ausführungen galten den Konzessionsfragen, den Tarifverhandlungen im Gastwirtschaftsgewerbe und der Bildung eines Fachausschusses in der Handelskammer. Von den vier süddeutschen Verbänden, Baden, Württemberg, Bayern und Hessen wird ein **neues Weinsteuergesetz** ausgearbeitet und in Würzburg am 12. Dezember durchbraten werden, um später dem deutschen Reichstag vorgelegt zu werden.

## Aus der Landeshauptstadt

### Thomafeier der Badischen Staatsregierung und der Stadt Karlsruhe

Die Badische Staatsregierung und die Landeshauptstadt Karlsruhe rüsten sich zu einer würdigen Gedenkfeier für **Hans Thoma.** Die Veranstaltung wird **Sonntag, den 14. Dezember,** vormittags 11¼ Uhr, im großen Saal der **städtischen Festhalle** stattfinden; der Eintritt ist unentgeltlich.

Im Mittelpunkte des Programms stehen die **Gedächtnisrede,** welche der ordentliche Professor für Kunstgeschichte an der Universität Heidelbero. Geh. Hofrat Dr. **Karl Neumann,** übernommen hat, Rezitation Thomascher Gedichte und die Uraufführung einer von **Franz Philipp,** dem Direktor des Badischen Konservatoriums, geschaffenen Vertonung des Thomaschen Spätgedichts „Ich sag' nun bald der Welt ade" für Bariton, Orchester und Orgel. Den Rahmen der Feier bildet der Vortrag von Kompositionen Johann Sebastian Bachs: eines C-moll-Präludiums für Orgel und der Choralkantate für Soli, Chor und Orchester „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren." Die Kantate wurde gewählt, weil ihr der Lieblingschoral Hans Thomas zugrundeliegt; sie gibt der Feier den hellen und gehobenen Ausklang, der ihr angesichts des lebendig fortwirkenden Werkes des großen Toten geziemt.

Das künstlerische Programm wird bestritten durch namhafte auswärtige und einheimische Solokräfte, den Karlsruher Bachverein und das Orchester des Landestheaters; das Orgelsolo und die musikalische Leitung liegen in der Hand Franz Philipps.

---

**Auszeichnung.** Der Senat der **Technischen Hochschule Karlsruhe** hat auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenwesen dem emeritierten ordentlichen Professor der mechanischen Technologie und allgemeinen Maschinenlehre, Geh. Hofrat **Georg Lindner,** in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der technichen Wissenschaften als eines vielseitigen Forschers und erfolgreichen Lehrers die Würde eines Doktor Ingenieurs ehrenhalber verliehen

**Das Kunstgewerbehaus Gerber und Schawinsky** veranstaltet zurzeit in seinen neuhergerichteten Räumen eine **Weihnachtsausstellung.** Der Umzug der Firma, der eine Miteinbeziehung der zweiten Etage des Hauses bedeutete, hat zweifellos ganz bestimmte Vorzüge mit sich gebracht: die kunstgewerblichen Gegenstände und die Schöpfungen der reinen Kunst (Ölgemälde, Graphik und Plastik) werden jetzt dem Auge des Beschauers in besonders wirkungsvoller Weise gezeigt. Unter den Malern, die dort vertreten sind, dominieren Professor Fehr und Professor von Volkmann. Sehr reich ist der Bestand an guten keramischen Arbeiten unter denen die Eha-Schöpfungen und die Produktionen der bekannten Karlsruher Keramikerin **Helene Drechsler-Amend** sehr angenehm auffallen. Die Eha-Arbeiten sind offenbar von Wien her beeinflußt, sie bekunden feinen Geschmack und eine starke Hinneigung zur schöngeschwungenen Linie, der aber das koloristiche Element nicht fehlt. Der Frau Drechsler-Amend und ihrem Gatten kommt es vor allem darauf an, aus dem **Handwerklichen,** aus dem spezifisch Keramischen, den höchsten ästhetischen Reiz herauszuholen. Und das ist den beiden Künstlern denn auch in ihren neuen Arbeiten mit vollendeter Meisterschaft gelungen. Der Liebhaber der Keramik wird an diesen Schöpfungen seine helle Freude haben. Im übrigen seien erwähnt: böhmische Gläser und sehr hübsche Arbeiten in Silber.

**Der Verkehrsverein** beschäftigte sich mit dem Projekt einer **festen Rheinbrücke bei Maxau,** das nunmehr im Benehmen mit den anderen Interessenten nachdrücklichst betrieben werden soll. Der Verein hat sich ferner wegen **Verlängerung der elektrischen Straßenbahn nach Maxau** an den Stadtrat gewandt. Weitere Anträge an den Stadtrat beziehen sich auf die Errichtung eines **Flughafens** in Karlsruhe und die Bereitstellung eines großen Areals für Freiland-Ausstellungen, große Sportaufführungen und dergleichen.

---

**Landestheater.** Clemens Krauß, der heutige Opernleiter der Frankfurter Oper, der wie bekannt, am Montag, den 8. Dezember das III. Sinfonie-Konzert dirigiert, hat unter den jüngeren Dirigenten einen überraschend schnellen Aufstieg genommen. Er war vor einigen Jahren musikalischer Oberleiter der Oper in Graz und wurde von dort an die Wiener Staatsoper berufen, woselbst er sich dank seiner außerordentlichen Begabung eine solche Geltung zu verschaffen wußte, daß man von einer Krauß-Gemeinde in Wien sehr wohl sprechen darf. Zu Beginn dieser Spielzeit wurde er als Direktor der Oper nach Frankfurt a. M. berufen, woselbst ihm die bisherigen Erfolge treu geblieben sind.

## Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Überlingen,** 5. Dez. Der Hauptfesttag der **Einweihungsfeierlichkeiten** des Münsters ist am Sonntag. **Prinz Max** von Baden, **Fürst zu Fürstenberg** und Ministerialdirektor **Schwörer**-Karlsruhe als Vertreter der badischen Regierung haben u. a. ihre Teilnahme an dem Hauptfest zugesagt. Gestern traf der **Erzbischof von Freiburg** in der Stadt Überlingen ein, welche ihr prachtvollstes Festgewand angelegt hatte. Er wurde feierlich empfangen und hielt in der Franziskanerkirche, welche während des baufälligen Zustandes und während der Renovierungsarbeiten des Münsters als Pfarrkirche diente, eine Predigt an die zahlreiche Menge, in der er der Stadt Überlingen zu dem neuen prächtigen Münster gratulierte. Er erinnerte auch an die Zeit der ersten Erbauung des Münsters in den Jahren 1553—1586 und lobte ganz besonders auch die große Tatkraft und Opferwilligkeit der Bürger der Stadt, die das große Werk vollbracht haben. Abends wurde dem Erzbischof bei Fackelschein und Musik vom Sängerverein ein Ständchen gebracht, wobei der Bürgermeister der Stadt zu einem Hoch auf den Erzbischof aufforderte. Am heutigen Freitag nahm der Erzbischof die Einweihungszeremonien in aller Stille vor.

# Staatsanzeiger

**Verordnung**

(vom 3. Dezember 1924)

**Hebammenwesen.**

Der § 27 der Dienstweisung für die Hebammen vom 9. Februar 1920 erhält unter Aufhebung der Verordnung vom 14. Mai 1924, das Hebammenwesen (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 139), mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 folgende Fassung:

§ 27.

Für die einzelnen Dienstleistungen kann die von einer Gemeinde bestellte Hebamme, sofern der Dienstvertrag nichts anderes bestimmt, neben dem von der Gemeinde bewilligten Gehalt von den ihre Hilfe in Anspruch Nehmenden nachstehende Gebühren in Anrechnung bringen:

| | RM. |
|---|---|
| a) für eine Untersuchung, Anlegung eines Katheders, Setzen eines Klistiers, Ausspülungen, Einlegen von Tampons und dergleichen | 1,30— 2,00 |
| b) für Besorgung einer Geburt je nach Zeitdauer einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt | 15,00—25,00 |
| c) für Besorgung einer Zwillingsgeburt je nach Zeitdauer einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und der Kinder in den ersten 9 Tagen nach der Geburt | 18,00—30,00 |
| d) für die Besorgung einer Fehlgeburt je nach Zeitdauer einschließlich der erforderlichen Wartung der Wöchnerin | 7,00—11,00 |
| e) für den Beistand einer geburtshilflichen oder gynäkologischen Operation durch den Arzt | 2,60— 4,00 |
| f) für jeden besonders verlangten oder nötigen Besuch | 0,70— 1,30 |
| bei Nacht das Doppelte, | |
| g) für eine Nachtwache | 2,60— 4,00 |

Falls die Dienstleistung über 2 Kilometer von der Wohnung der Hebamme entfernt vorzunehmen ist, kann diese außerdem für jeden außerhalb des Umkreises von 2 Kilometer zurückgelegten Kilometer eine Ganggebühr von 20 RPf. beanspruchen.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1924.

Der Minister des Innern
Remmele.

Als geeignete Weihnachts-Geschenke empfiehlt

# Wandbilderschmuck

Oelgemälde — Graphik

# E. Büchle

(Inh.: **W. Bertsch**)

**Kaiserstraße 128,** zwischen Wald- u. Karlstraße

Unübertroffene Auswahl in Photographie- und Bilder-

# Einrahmungen

Eigene Werkstätte — Mäßige Preise

---

**Badisches Landestheater.**
Sonntag, 7. Dezember. 6½ b.g. 10 Uhr (7.—) A 11
**Aida.**

**Konzerthaus Karlsruhe.**
Sonntag, 7. Dezember. 7 b. n. ½10 Uhr (3.80)
In der Neueinstudierung **Jugendfreunde.**

---

## L. Schumacher

**Juwelen, Gold- u. Silberwaren**
**nebst Verkaufsstelle der Württemb. Metallwarenfabrik Geislingen-St.**
**Neuheiten in preiswerten u. praktischen Weihnachts-Geschenken**

**Karlsruhe** D.764
**Kaiserstrasse 114, 2 Treppen hoch**
**Telefon 2136 (Notladen)**

---

# Krawatten!

Wir liefern
an Detailgeschäfte und Warenhäuser
Krawatten auch in Kommission

**Gebrüder Auerbach, Krefeld**
D816 **Krawatten-Fabrik**

---

**Die willkommenste**

# Weihnachts-Gabe

für Musizierende ist stets
ein Geschenk-Band in
**Opern, Operetten-, Salon- oder Tanzmusik,** je nach Geschmack

**Odeon-Musikhaus**
Kaiserstraße 175 **Karlsruhe** Telephon 389

---

**Suche für außerhalb**

# Hochwertige Gemälde

**Gobelin und Teppiche**
Fantasieangebote zwecklos.
Angebote **12363 Ala-Haasenstein & Vogler, Mannheim.** D.813

---

Eine
**SINGER**
mit Motor u. Nählicht
das praktischste
Weihnachts-
Geschenk
*

SINGER CO. NÄHMASCHINEN ACT. GES.
Kaiserstr. 124 **KARLSRUHE** Kaiserstr. 124

D.818

---

# Kapital.

Zur Anlage von Geldern in prima Hypotheken oder Effekten empfiehlt sich D.681

**Joseph Liebmann**
**Bankgeschäft**
Kriegsstraße 116 Telephon 75, 938 und 971

---

# Rippoldsau

Eröffnung Haus Sommerberg für Winterkuren 20. Dezember. Leitender Arzt Dr. Doll. Auskunft durch die Direktion. D.791

---

# Badische Lichtspiele

**KONZERTHAUS**

*Voranzeige!*

# Nibelungen

I. Teil: **„Siegfried“**
vom 8.—11. Dezember 1924

II. Teil: **„Kriemhilds Rache“**
vom 16.—18. Dezember 1924

**jeweils 7.30 Uhr abends**

Unter Mitwirkung der **Polizeikapelle** unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters **Heisig** D.835

Vorverkauf: Musikhaus **Müller,** Kaiserstraße

Preise: **Mark 1.—, 1.50, 2.—, 2.50. Doppelkarten,** gültig für **beide** Teile, **nur** im Vorverkauf, **M. 1.70, 2.50, 3.20, 4.—**

Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise

Ende gegen ½11 Uhr — Straßenbahnanschluß nach allen Richtungen

Wir erlauben uns, unsere verehrlichen Besucher höflichst darauf aufmerksam zu machen, daß es ratsam ist, sich Plätze im Vorverkauf zu sichern, da die Nachfrage groß ist. Vielseitig geäußerten Wünschen entsprechend, versenden wir auch Eintrittskarten per Post, gegen Voreinsendung des entsprechenden Betrages auf unser Postscheckkonto 29726. Porto ist zu vergüten. **Die Direktion.**

**Siehe auch Anschlagsäulen**

---

# Gutes Wiesenheu

**(Ia. Gebirgsfutter)**

# Preßstroh

sowie sämtliche
**Futtermittel u. Mehle jeder Art**
zu günstigsten Bedingungen und reellster Bedienung laufend in Waggonladungen u. Detail offeriert billigst

**W. F. Pfeiffer :: Karlsruhe**
**gegründet 1879 Augartenstr. 75 Telefon 5544/5545**

D. 838

---

# Bürgermeisterstelle

in Kehl a. Rh. (Baden) ist zu besetzen. Kehl ist Bezirksamtsstadt hat etwa 10000 Einwohner (besetztes Gebiet). Lebhafter Grenzverkehr Handel und Industrie, größere Hafenanlagen rege Bautätigkeit. Dienstwohnung vorhanden. Bewerber, die die Befähigung zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst nachweisen können und womöglich über eine längere Praxis im Verwaltungsdienst verfügen, wollen ihre Bewerbungen mit Unterlagen unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche spätestens bis zum 10. Januar 1925 einreichen. Persönliche Vorstellung nur auf besondere Aufforderung. D841

Bewerbungen sind zu richten an Stadtverordneten

**M. Uhl, Kehl,** Hermann-Dieterrichstraße 12.

---

*Sonder-Ausstellung*
*von Professor Fehr*
*bei Gerber & Schawinsky, Karlsruhe i. B.*
*Kaiserstrasse 221.*

---

**Metallbetten**
**Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)**

---

# Eugen von Steffelin

Fernspr. 261 **Karlsruhe** Fernspr. 261
D.658

**Möbeltransport**
**Lager :: Spedition**

---

**Jüngerer**

**Vermessungs-Assistent**

erfahren in Fortführungsarbeiten, ff Zeichner **gesucht** für das städt. Vermessungsamt Singen a/H, Gehaltsgruppe VI. Bewerbungen unter Beifügung v. Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Probezeichnung a. d. Vermessungsamt Singen a/H. Eintritt 1. Januar 1925. D823

---

LIEDERHALLE 1842

# KONZERT

zur Feier des 82. Stiftungsfestes
**Freitag, den 12. Dezember 1924**
**Abends ½9 Uhr im großen Festhallesaal**

Viktoria Brewer-Hoffmann, Franz Philipp, Kammerorchester vom Landestheater und Männerchor der Liederhalle

*

Leitung der Chöre und Instrumentalvorträge:
Hugo Rahmer, Chormeister

*

Werke zeitgenössischer Tondichter:
Burk, Halter, Hegar, Kirchl, Philipp, Richard Strauß und Suter

*

Kartenvorverkauf für Mitglieder im Vereinslokal: Sonntag 7.12. von 11—1 Uhr und Mittwoch 10.12. von 7—8 Uhr Abends. Eintritt 30 Pf., für Nichtmitglieder Musikalienhandlung Müller Eintritt 1—3 Mark.

---

Soeben erschien:

# Badnerland

Ein Heimatbuch von **Hans Adalbert Berger.**
Mit Federzeichnungen von Wilhelm Müller und einer Kunstbeilage nach einem Gemälde von Hans Thoma. D.749

417 S. gr. 8 in Leinen geb. in Künstlerband M. 5.50.

„Badnerland“ ist ein echtes rechtes badisches Familienbuch. Es enthält das Beste was heimische Dichter und Schriftsteller in gebundener und ungebundener Dichtung von der Heimat zu erzählen haben.

**Verlag von Friedrich Brandstetter in Leipzig**

---

Mit Zustimmung des Stadtrats und nach Vollziehbarkeitserklärung des Herrn Landeskommissärs vom 14. November 1924 wird die Bauordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe vom 29. März 1912, wie folgt, geändert:

Die Anlage, Straßenverzeichnis zu § 106 der Bauordnung wird ergänzt:

I. An den durch die alphabetische Reihenfolge gebotenen Stellen ist einzusetzen:

| Straße | Straßenstrecke | Bauklasse |
|---|---|---|
| Klosestraße | | 7 |
| östliche Seite | zwischen Reichs- und Schnetzlerstraße | 7 |
| westliche Seite | zwischen Schnetzler- und Südendstraße | 13a |
| Schwarzwaldstr. | zwischen Marie-Alexandra- | |
| östliche Seite | straße und Reichsstraße | 5 |
| | zwischen Reichs- und Schnetzlerstraße | 7 |
| | zwischen Schnetzler- und Südendstraße | 13a |
| | zwischen Südend- und Bahnhofstraße | 7 |
| Schnetzlerstraße | zwischen Bahnhof- und | |
| südliche Seite | Schwarzwaldstraße | 7 |
| | zwischen Beiertheimer Allee usw. wie bisher | |
| nördliche Seite | zwischen Bahnhof- und Klosestraße | 7 |
| | zwischen Klose- und Schwarzwaldstraße | 13a |
| | zwischen Beiertheimerallee usw. wie bisher. | |
| Südendstraße | zwischen Bahnhof- und | |
| südliche Seite | Klosestraße | 7 |
| | zwischen Klose- und Schwarzwaldstraße | 13a |
| | zwischen Beiertheimerallee usw. wie bisher. | |
| nördliche Seite | zwischen Bahnhof- und Schwarzwaldstraße. | 7 |
| | zwischen Beiertheimerallee usw. wie bisher. | |

II. Es werden gestrichen:

| Straße | Straßenstrecke | Bauklasse |
|---|---|---|
| Gutschstraße | südliche Seite | 7 |
| Kantstraße nördliche Seite | zwischen Bahnhof und Schwarzwaldstraße | 7 |
| südliche Seite | zwischen Bahnhof- und Schwarzwaldstraße | 7 |

III. Bei der Bezeichnung „Neue Bahnhofstraße“ wird das Wort „Neue“ gestrichen.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1924. Y450
Badisches Bezirksamt III. O.Z. 150.

Druck G. Braun, Karlsruhe.